

Die „Grenzpolitik“ erscheint täglich morgens und nachmittags Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus 18.— für den Monat Dezember, im Voraus zu zahlen. Als Beilage werden die „Grenzpolitiker“ kostenlos versandt. Unter Erziehung dessen für Familienkreise, Kassen, das Post- und Fernschreibamt sowie die früheren deutschen Reichspostämter und Vorkonten Nr. 20 — für das übrige Ausland Nr. 26. —

Die „Grenzpolitiker“ erscheinen über den Rhein bei den deutschen Interessenten, dem Ausland das eingetragene Wort „Grenzpolitiker“ kostet 1,50 M., einschließlich internationaler Postgebühren 1,80 M. Das deutsche Wort „Grenzpolitiker“ kostet 1,50 M., einschließlich internationaler Postgebühren 1,80 M. Das deutsche Wort „Grenzpolitiker“ kostet 1,50 M., einschließlich internationaler Postgebühren 1,80 M. Das deutsche Wort „Grenzpolitiker“ kostet 1,50 M., einschließlich internationaler Postgebühren 1,80 M.

Grenzpolitik

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gute Zeiten für Mörder

Die Buchholzmörder freigesprochen!

Der Prozeß gegen die wegen Ermordung des Oberwachmeisters Buchholz angeklagten Schupo-Beamten ging gestern abend zu Ende. Die Geschworenen verurteilten sämtliche Angeklagten. Das Gericht sprach hierauf die Angeklagten frei. Die Kosten des Prozesses fallen der Staatskasse zur Last. Den Angeklagten ist für die unschuldig erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung zugesprochen.

Der pazifistische Schriftsteller Dr. Gumbel hat soeben die vierte Auflage seiner Schrift „Zwei Jahr Mord“ herausgegeben. Sie ist durch eine Anzahl neuer Fälle ergänzt worden. Danach ergibt sich, daß bisher insgesamt 364 Personen den Regeln heimtückischer Mörder zum Opfer gefallen sind, ohne daß die Verbrecher irgendeine Sühne gefunden haben. Auch der Fall des Oberwachmeisters Buchholz ist in der neuesten Auflage der Gumbelschen Schrift registriert. Er gehört unter die Rubrik der ungeführten Morde, denn noch bevor der Prozeß zu Ende war, wählte jeder Kenner der deutschen Rechtspflege, daß er mit einem Freispruch enden würde.

Die uniformierten und weißgardistischen Mörder haben in Deutschland gute Zeiten. Wie alle bisherigen Prozesse gegen sie in ihrem Wesen nichts weiter als gutgespielte Komödien waren, so ist auch der Prozeß gegen die Mörder des Oberwachmeisters Buchholz mit allen Schikanen jener Verdrehungskunst aufgeblasen worden. Über die nur gewiesenen Verbrecher verfügen. Und eine Verbrechergesellschaft war es, die hier unter Auflage stand. Falsche Buchführung, Unterschlagungen, Geld-, Weiber- und Saufgeschichten, satirische Ausschreitungen an wehrlosen Opfern, Spitzeleien, Puffschaltungen und schließlich der Mord, das waren so von ungefähr die Haupttugenden, die die Hundertschaft z. B. V. auszeichneten, jene Hundertschaft, die sich vor Gericht durch Duzende von Zeugen beheimlichen ließ, daß sie bei all ihren Taten lebhaft heiliges Völlichtgefühl und hohes vaterländisches Interesse befeelt habe.

Halten wir die wesentlichen Punkte fest: Buchholz wurde in seinem Zimmer tot aufgefunden. Die Hundertschaft und ihr Arzt geben Selbstmord als Ursache an. Das widerspricht den Tatsachen, denn jeder Laie konnte erkennen, daß Buchholz das Opfer eines heimtückischen Mordes geworden war. Der Witwe des Ermordeten werden heimlich Zusicherungen über die wirklichen Vorgänge gemacht. Sie läßt die Leiche untersuchen; nun stellen zwei wirkliche Sachverständige gemeinen Mord fest. Dennoch:

Gegen die Hundertschaft wird nichts unternommen. Wochenlang weist die sozialistische Presse auf diesen unerhörten Vorgang hin. Der preussische Innenminister wird im Landtag interpelliert. Endlich setzt die Untersuchung ein. Nun scheidet der Führer der Hundertschaft, Hauptmann Stennes, einen Vertrauten zum Untersuchungsrichter und läßt diesen bitten, die Untersuchung nicht mit der erforderlichen Strenge zu führen. Stennes wird zwar abgewiesen, aber dem Untersuchungsgericht wird der Zutritt in die Schloßkaserne verweigert. Es darf nicht an Ort und Stelle seine Feststellungen machen, sondern bekommt von der Hundertschaft nur jene Akten und Schriftstücke ausgehändigt, die einer sorgfältigen Prüfung standhalten können. Verdunklungsgelahr lag von allem Anfang an vor. Trotzdem werden, viel zu spät, nur zwei dringend Verdächtige in Haft genommen und auch erst dann, als alle Spuren verdeckt und verwischt waren. Als geschlossene Lügenphalanx marschierte die Hundertschaft im Gerichtssaal auf, es gelang nicht, die Lügenfront zu durchbrechen.

Der Staatsanwaltschaft muß zugute gehalten werden, daß sie sich Mühe gab, das Dunkel zu lichten. Aber ihr Wille war zu schwach gegenüber der Kraft der Gegner, zu schwach gegenüber der Gerissenheit, über die die Hundertschaft kraft ihrer jahrelangen Erfahrungen verfügte. Alle möglichen Klatschgeschichten über Buchholz wurden in aller Breite aufgeführt, eine Reihe von sogenannten Leumundzeugen sagte ein Sprüchlein darüber her, wie schön die Angeklagten in ihrer Schulzeit zu huten verstanden haben und dann immer wieder die jammern bekannten Zwischenfälle, mit denen bisher jeder Mord von rechts beschönigt wurde: die Hundertschaft ist eine Elitetruppe, sie hat sich um das Vaterland verdient gemacht, die Hundertschaft — Hurra! Hurra! Hurra!

Ob die Angeklagten die wirklichen Schuldigen an der Ermordung des Oberwachmeisters Buchholz sind, wurde in diesem Prozeß nicht geklärt. Fest steht aber, daß Buchholz ermordet worden ist und daß die Hundertschaft genau weiß, wer die wirklichen Mörder sind. Wegen Begünstigung eines Verbrechens hätten die Angeklagten also zum mindesten bestraft werden müssen. Die Geschworenen haben jedoch auch diese Schuldfrage verneint. Wiederum ist ein Mord ungeklärt geblieben. Das ist in diesem Deutschland ja nun schon Mode geworden. Die Angeklagten erhalten obendrein noch eine Entschädigung. Warum nicht auch noch einen Orden? Gute Berichterstattung fürs nächste Mal!

(Siehe auch 3. Seite)

Die Räffel des Fernen Ostens

Von unserem Londoner Korrespondenten. K. London, Mitte November.

III.*)

Die Interessen des Britischen Reiches im Stillen Ozean, als die der größten Weltmacht von einzigartigem Gefüge, können nicht unter eine Formel mit denen ihres japanischen Bundesgenossen und der sprach- und kulturverwandten amerikanischen Staaten stimmt das englische Interesse in zweifacher Richtung überein. Zunächst sind die autonomen Kolonien — Kanada, Australien und Neuseeland — eines Sinnes mit Amerika in bezug auf die Abwehr japanischer Einwanderung. Hieraus ergibt sich auch eine weitgehende politische Annäherung. Es ist nicht nur ausgeschlossen, daß England im Falle eines Krieges zwischen Amerika und Japan seinem Alliierten zu Hilfe geht. Das würde den Abfall der Kolonien zur Folge haben. Vielmehr ist es denkbar, daß diese England in einen Krieg gegen Japan auf Seiten der Vereinigten Staaten hineinziehen würden.

Ferner besteht eine weitgehende Interessengemeinschaft zwischen England und Amerika in dem weittragenden Problem der ökonomischen Ausbeutung Chinas. Ebenso wie Amerika, kann England ein japanisches Monopol in China nicht dulden. Der wirtschaftliche Ruin Europas hätte vernichtende Folgen für Englands kontinentalen Absatz. Die industrielle Perfektbildung der Kolonien, die sich während des Krieges vollzog und die durch die Umschaltung ihrer Kriegsp Produktion in Friedensindustrien stark gefördert wird, hat die englischen Exportindustrien noch mehr geschwächt. Darum gewinnt der ostasiatische Markt auch für England eine erhöhte Bedeutung und es kann dem wirtschaftlichen Kampf um China nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Man hat mit uns in England immer nachdrücklicher betont, daß China „gerettet“ werden müsse. Nicht etwa vor Japan, sondern vor sich selbst. Mit düsteren Farben wird der Bürgerkrieg gezeichnet, den etwa ein kaltes Sonderregiment in den 18 Provinzen der chinesischen Republik untereinander führen. Der bevorstehende Wank der kaiserlichen Zentralregierung in Peking wird eifrig diskutiert, die Korruption der Beamten und der sich heftig erhebbenden Generäle mit stiller Entrüstung verurteilt. Man geht sogar so weit, die Rechtmäßigkeit der chinesischen Vertretung in Washington anzuzweifeln. Perziti ist die chinesische Delegation den Wünschen gewisser Mächte nicht ganz gefügig gezeigt hat. Andererseits ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die in Washington vertretene Regierung von Peking unter starkem militärischem, finanziellen und ökonomischen Druck von Japan steht.

Jedenfalls werden die Umrisse der chinesischen Frage, wie sie von den Großmächten in Washington gestellt wird, immer deutlicher. England tritt seinem Bundesgenossen nicht so entschieden entgegen, wie Amerika. Denn wenn auch Japans herrschaftliches Auftreten in China den britischen Industrie- und Handelskreisen unbehaglich wird, so unterscheidet sich die englische Politik von der amerikanischen in einem wesentlichen Punkte — in der Stellung zu Rußland. England hat kein Interesse an einem starken Rußland. Wohl braucht es das russische Getreide und den russischen Markt. Aber die britischen Interessen in Persien, Indien und China überwiegen und erheischen eine Schwächung von Rußlands Weltmachtstellung. Dazu dient das Bündnis mit Japan, und die englische Diplomatie zeigt trotz der energischen Einwände der Selbstverwaltungskolonien noch keine Neigung, das Band mit der ostasiatischen Vormacht völlig zu lösen.

Der Vollständigkeit halber sei auch erwähnt, daß das Verhältnis zwischen England und Amerika auch sonst nicht ungetrübt ist. Die häufigen Andeutungen von englischer Seite über die Notwendigkeit des Erlasses der zwischenalliierten Schulden — England allein schuldet den Vereinigten Staaten eine Milliarde Pfund — verstimmt regelmäßig in Amerika. Dazu kommt die Konkurrenz amerikanischer Schiffsahrtlinien mit englischen, die jüngst zu Zwischenfällen im Hafen von Alexandria führte. Größer noch ist der Kampf zwischen den amerikanischen Erdöltrusts, die bisher etwa 80 Prozent der Petroleumbestände der Welt besaßen, und den englischen Erdölgesellschaften, die während des Krieges nahezu die Hälfte der Erdölquellen an sich gerissen haben. Die sichere Folge dieses Kapitalistenstreites war der amerikanische Protest gegen den Text der britischen Mandate über Mesopotamien, wo ergiebige Petroleumfelder vorzufinden sind, und Palästina, wo die Standard Oil vor dem Kriege Probebohrungen unternahm. Diese Differenzen sollen nicht übertrieben werden. Es sind in letzter Linie amerikanische Republik gebracht werden. Mit den Vereinigten Familienkreisläufen, deren Beilegung zu erwarten ist. Aber sie tragen dazu bei, die Feindschaft zwischen England und Amerika zu stärken, die Verbindung mit Japan nicht abzubrechen, sondern ohne Heberhütung und in aller Schonung des

*) Siehe Nr. 562

Eine Warnung

In Wien hat die dauernde Steigerung aller Preise und die Unzufriedenheit der bürgerlichen Regierung in den letzten Tagen zu Massendemonstrationen der Arbeiterschaft geführt, die leider nicht ohne Ausschreitungen und Wünderungen verlaufen sind. Das zeigt, wie groß die Gefahr ist, wenn die herrschenden Gewalten der Ausbreitung der Teuerung und der wachsenden Erbitterung der Massen im Gefühl ihrer Ueberlegenheit und Sicherheit untätig zusehen. Selbst in Wien, wo die sozialistische Bewegung den stärksten Einfluß auf die Massen ausübt, hat sie es diesmal nicht vermocht, die Kundgebung in voller Ordnung zu erhalten und Ausschreitungen zu vermeiden. Die Macht der Organisationen der Arbeiter hat eben auch eine natürliche Grenze, die die herrschenden Gewalten nicht angegriffen überschreiten dürfen, wenn durch die wahnsinnige Untätigkeit der Regierung Geldentwertung und Preissteigerungen begünstigt werden.

Diese Lehre gilt auch für Deutschland. Deshalb sollten auch die herrschenden Gewalten bei uns einsehen, daß ihr augenblickliches Verhalten sehr dazu angeht, auch die Katastrophe bei uns heranzuführen. Was die Regierung bisher gegen Geldentwertung und Preissteigerung getan hat, ist kaum der Rede wert. Vieles aber hat sie zu tun unterlassen oder gar abgelehnt. Die schärfste Empörung hat die Tatsache gefunden, daß nicht nur die Besitzlosen allein Steuern an das Reich zahlen, sondern daß auch die Anträge, die Besitzlosen jetzt endlich wenigstens einzutreiben, von den bürgerlichen Parteien und von der Regierung kahnlos abgewiesen worden sind. In einer einzigen Delade ist daher ein Anwachsen der schwebenden Schuld des Reiches um den wahrhaft phantastischen Betrag von vier Milliarden Mark eingetreten, 400 Millionen Papiermark täglich sind neu geschaffen worden, weil die Einnahmen die Ausgaben nicht decken, oder mit anderen Worten, weil die Besitzenden nicht die Steuern zahlen, zu denen sie seit Jahr und Tag verpflichtet sind. Diese Vermehrung der Verschuldung treibt die Preise ständig in die Höhe, verringert die Güter, die der Arbeiter mit seinem Lohn

kaufen kann. Er empfindet deshalb unablässig, wie ungeheuer schädigend für ihn diese nur die Interessen der Besitzenden fördernde Finanzpolitik wirkt.

Ausreizend aber noch sind die Vorgänge, die sich jetzt im Besitztenerauschuß des Reichstages abspielen. Riesengroß ist der Bedarf des Reiches an neuen Einnahmen, ungeheuer jetzt bereits die Belastung der Besitzlosen. Unbestritten ist, daß der Lohnnachzug in seiner jetzigen Höhe unerträglich hoch ist, daß in keinem Lande der Welt gerade die Arbeiter so große Steuerlasten tragen wie in Deutschland, obwohl der Lohn des deutschen Arbeiters nur einen Bruchteil des Lohnes des ausländischen Arbeiters darstellt. Trotz alledem aber wetteifern die bürgerlichen Parteien in der Schonung der bestehenden Schichten aller Art. Die Besitzteuergesetze werden den Ausschuh in wesentlich gemildertem Form verlassen. Sie können deshalb nur einen Teil der von der Regierung veranschlagten an und für sich geringen Erträge bringen. Zahlreiche Hintertürchen werden geöffnet, so daß diese Gesetze, noch weniger wie die früheren, da sie frühestens 1923, zum Teil erst 1925 in Kraft treten, die Vermögen wirklich belasten.

Sehen die bürgerlichen Parteien diese Absichten in die Tat um, dann werden sie sich auch über die Folgen ihrer Fürsorgepolitik für die Besitzenden nicht zu wundern brauchen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht einen Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes sowie der sozialdemokratischen Fraktion des Reichsarbeiterrates, in dem es heißt, die geschilderten Vorgänge beweisen, daß die anschwellende Verzweiflung der Massen die schnellste und restlose Durchführung des sozialdemokratischen Finanzprogramms dringend erforderlich mache. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, nicht zu dulden, daß ihre Kundgebungen, wie gestern, durch unverantwortliche Elemente, mit denen die organisierte Arbeiterschaft nicht gemein haben und deren Egoismus stark zu verurteilen seien, mißbraucht und entehrt werden. Die Arbeiterschaft solle die spontane Kundgebung des gestrigen Tages nunmehr abschließen, aber auf den ersten Ruf des Reichsarbeiterrates kampfbereit sein.

langjährigen Verbündeten das Verhältnis mit ihm zu lockern.

Hieraus ergibt sich auch die Linie der englischen Diplomatie in Washington. Sie wird Amerikas Eifer für die „Freiheit Chinas“ dazu benützen, um Japans Eifer für die „Wohlfahrt Chinas“ zu dämpfen. Aber England wird nicht so weit gehen, die Zurückziehung Japans aus der Mandchurie und aus Schantung zu verlangen. Es ist eher anzunehmen, daß Japan sich überhaupt entschlossen hat, nach Washington zu gehen nur auf Grund von Zusicherungen seines Alliierten, daß an dem Versailles Vertrag und den japanischen Erwerbungen nicht gerüttelt werden soll. Der leitende Gedanke der britischen Politik im Fernen Osten wurde in ziemlich unverblümter Weise in dem bekannten Resümee der britischen Reichskonferenz zum Ausdruck gebracht, an der die Ministerpräsidenten aller autonomen Kolonien im Sommer dieses Jahres teilnahmen. Danach verfolgt England das Ziel, das Bündnis mit Japan durch eine Entente aller drei im Fernen Osten interessierten Mächte zu ersetzen. Nun ist wohl nicht anzunehmen, daß sich Amerika für ein formelles Bündnis mit England und Japan entschließen kann, aber wenn die Anzeichen nicht trügen, macht der englische Plan, Amerika für eine Teilung Chinas in wirtschaftliche Einflusssphären zu gewinnen, gute Fortschritte. Um den Preis dieser englisch-amerikanisch-japanischen Verständigung werden sich England und Japan bereit erklären, ihr Bündnis aufzugeben. Kommt diese wirtschaftliche Vereinbarung zustande, dann ist auch eine gestärkte politische Basis für den Abbau der Flotten gegeben. Schon hat Hughes in seiner Einleitung zur Debatte über die Fragen des Fernen Ostens den Ausspruch getan, daß, wenn Chinas Tore wirklich offen stehen, Japan naturgemäß an seiner Schwelle sein wird. Das klingt beinahe wie die Anerkennung der „besonderen geographischen Lage“ Japans durch Wilsons Staatssekretär Lansing, die in weiterer Folge zur Annexion von Schantung führte.

Der Eindruck, daß ein derartiges Übereinkommen dem Abschluß nahe ist, wird verstärkt, wenn man die Erklärungen der chinesischen Delegation aufmerksam liest. Obwohl ihre Forderungen mit der „moralischen Unterstützung“ Amerikas zustande kamen, ist es auffallend, daß im ersten Punkt von den Mächten verlangt wird, außer der territorialen Integrität die Politik der administrativen Unabhängigkeit der chinesischen Republik zu respektieren. Eine in der Tat sehr gemundene Formulierung des klaren Begriffes der Unabhängigkeit. Andererseits wird in einem weiteren Punkte nicht die Abschaffung aller von den Mächten erworbenen Sonderrechte, Privilegien und Konzessionen verlangt, sondern deren Veröffentlichung und neuerliche Prüfung, um sie in „gegenseitige Harmonie“ zu bringen.

So bereitet sich in Washington auf Kosten Chinas eine weittragende wirtschaftliche und politische Verbindung zwischen den drei führenden maritimen Großmächten vor. Nach außen hin werden alle Beteiligten natürlich bemüht sein, ihre Achtung vor der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit Chinas zu beteuern. Man wird sich anheischig machen, die chinesischen Finanzen zu ordnen, man wird die Gleichheit aller Mächte auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Betätigung proklamieren und eine gemeinsame „Hilfsaktion“ für die zerstörte Republik einleiten. Im übrigen kann man es der Erfindungsgebe der in Washington versammelten Staatsmänner dreier Weltteile getrost überlassen, die gebührende Formel für die ökonomische Aufteilung Chinas zu finden. Die Einschränkungen der Flottenrüstungen und der Abbau des Bündnisses mit Japan werden das sichtbare Ergebnis der Konferenz sein. Die britischen Kolonien, von einer mißliebigen politischen Verpflichtung befreit, werden erleichtert aufatmen; der englische Steuerzahler wird über die Verminderung des Steuerdrucks befriedigt sein; die Koalitionregierung wird dasitzen als die Vorläuferin der Wahrung und des Völkerfriedens und als die Schöpferin einer dauernden Verständigung zwischen den zwei englisch-sprechenden Völkern anstelle der englisch-französischen Entente, deren Zerfall kaum mehr aufzuhalten ist. Es ist nicht zu leugnen, daß die von Lloyd George geführte Koalition es verzieht, sich eine populäre Plattform für die kommenden Neuwahlen vorzubereiten.

Wechsel in der polnischen Kommission für Oberschlesien. Anstelle des verstorbenen Bernhard Diamond ist Arthur Pears zum polnischen Vertreter für Finanzfragen in der Sonderkommission für die ober-schlesischen Wirtschaftsverhandlungen ernannt worden.

Um Antwort wird gebeten

Ein Telegramm der Reparationskommission

EE. Paris, 2. Dezember.

Bei Ihrer Anwesenheit in Berlin hatte die Reparationskommission die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 1. Dezember die Ergebnisse ihrer Verhandlungen zur Beschaffung der notwendigen Mittel für die am 1. Januar und am 15. Februar fälligen Zahlungen bekanntzugeben. Diese Mitteilung war bis gestern noch nicht eingetroffen. Die Reparationskommission beschloß einstimmig, dem Reichstanzler ein Telegramm zu übersenden, in dem in nachdrücklicher Form auf die Zahlungen vom Januar und Februar verwiesen wird und das gleichzeitig Mitteilungen über die Lage in Deutschland und über die Finanzpolitik der Regierung enthält. Das Telegramm vorstehenden Inhalts wurde heute nachmittags durch Vermittlung des Bureau der Reparationskommission überhandt, gleichzeitig wurde der geschriebene Wortlaut durch Eisenlohn nach Berlin übermittelt.

Innere und äußere Finanzfragen

Jegedwache positiven Angaben über die Pläne der englischen Regierung zur Lösung der Reparationskrisis liegen noch immer nicht vor. Neudanks heißt es wieder, es sei zunächst nicht an ein Memorandum, sondern an einen Kredit gedacht, der es Deutschland ermöglichen sollte, über die Zahlungstermine im Januar und im Februar hinwegzukommen. Man wird gut tun, die Entscheidung abzuwarten und einstweilen weder einem übertriebenen Optimismus zu huldigen, noch auch sich durch die Schwarzmalerei der deutsch-nationalen Presse, die aus parteipolitischen Gründen ein Scheitern aller Bemühungen voraussetzt, zur Hoffnungslosigkeit bestimmen zu lassen.

Bemerkenswert ist in jedem Fall, daß die öffentliche Meinung in Frankreich den englischen Versuch, so oder so eine Erleichterung für Deutschland herbeizuführen, nicht mehr ganz so ablehnend gegenüberstehen scheint wie zuvor. Die Frage wird wenigstens in den maßgebenden Blättern ernsthaft und ohne Geschäftigkeit erörtert. Freilich wird dabei noch wie vor von neuen „Sicherheiten“ gesprochen, die Deutschland zu gewähren habe, und der „Matin“ will außerdem wissen, daß die französische Regierung ihrerseits selbst ein Finanzprogramm ausgearbeitet habe, das den durch den Sturz der Mark geschaffenen Schwierigkeiten Rechnung trage. Ueber den Charakter dieses Programms erfahren wir noch nichts. Aus gewissen Andeutungen läßt sich nur entnehmen, daß man sich in Paris mit dem Gedanken beschäftigt hat, Deutschland solle eine mit hohen Zinsen bedachte und für steuerfrei erklärte innere Anleihe aufnehmen, mit deren Hilfe die im Inlande gehaltene Devisen und die im Ausland zurückgehaltenen Guthaben im Interesse des Staates nutzbar gemacht werden können.

In England wie in Frankreich ist sich alle Welt darüber einig, daß unter allen Umständen auf den Zustand der Gesundung seiner inneren Finanzverhältnisse bedacht sein muß, und der Vorschlag, eine Finanzkontrolle durch die Alliierten einzuführen, geht von der Voraussetzung aus, daß dem Schuldnerstaat entweder der Wille oder die Kraft fehle, aus eigenem zu diesem Ziel zu gelangen.

Wenn das Ausland die Rede liest, die der Abgeordnete Hugo auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei zur Finanzpolitik gehalten hat, wird sein Mißtrauen in die Möglichkeit, daß Deutschland ohne einen äußeren Zwang zu einer Befestigung seines inneren Defizits und damit zu einer Einschränkung des Notenumlaufs gelangen könne, nicht gerade verringert worden sein. Herr Hugo hielt es für seine Pflicht, die „Verschiebungswirtschaft der Revolution“ zum guten Teil für die gemächlichen Fehlschritte in unserem Budget verantwortlich zu machen. Er verlangte dann zwar mit Nachdruck die Stilllegung der Rollenpresse, aber wie sie erreicht werden soll, sagte er leider nicht. Gewiß kann man an Beamten, besonders in den höheren Staatsstellen, sparen. Aber es handelt sich nicht nur darum, die Ausgaben zu verringern, sondern die Einnahmen müssen vermehrt werden, und das ist das, was der volksparteiliche Redner über die schlechte Lage der deutschen Industrie ankündigte, läßt nicht die Vermutung aufkom-

men, daß die Befestigung der Sachverhalte aus ihrer Erkenntnis von der Notwendigkeit der Befestigung des Defizits für sich die gebotenen Schlussfolgerungen ziehen wollen.

Herr Hugo ging um alle die Probleme, die im Augenblick auf den Nägeln brennen, sehr vorsichtig herum. Und auch das, was er über die Frage der Entkationierung der Eisenbahn sagte, läßt nicht erkennen, wie er und seine Partei zu der Forderung ihres großen Parteifreundes Stinnes stehen. Sie verfolgen jetzt die Taktik, den Schutz der wohlverordneten Rechte der Eisenbahnbeamten und angestellten in den Vordergrund zu stellen. Sie wollen wahrscheinlich so zunächst den Widerstand dieser Kreise brechen, um dann die Bahn für eine unumwundene Befestigung der Entkationierung frei zu haben.

Die Erwartungen übertroufen

Die „Dena“ meldet: Die Veranlagung der Umsatzsteuer für das Jahr 1920 ist im wesentlichen abgeschlossen. Die grundsätzlichen Fragen des geltenden Steuerrechts sind zum größten Teil gelöst. Das finanzielle Ergebnis hat, wenn auch noch keineswegs alle Umsätze erfasst sind, die Erwartungen erheblich übertroufen. Der Reichsminister der Finanzen hat daher Veranlassung genommen, den Umsatzsteuerbehörden seinen Dank auszusprechen, besonders dafür, daß es ihnen gelungen ist, bei voller Wahrung der fiskalischen Interessen, die Reich, Länder und Gemeinden in gleicher Weise an der Umsatzsteuer haben, die berechtigten, wirtschaftlichen Interessen der Steuerpflichtigen zu berücksichtigen.

Diese Mitteilung bestätigt die den Lohn- und Gehaltsempfängern so überaus bekannte Tatsache, daß das Reich nur zwei Steuerquellen hat, die richtig fließen: den Lohnabzug und die Umsatzsteuer. Beide werden geleistet von der großen Masse des Volkes, ihre Erträge haben den völligen Zusammenbruch der deutschen Finanzen verhindert. Wären die Besitzsteuern im gleichen Maße zur Erhebung gelangt wie diese Steuern, so hätte der Notenumlauf, die Inflation und die damit verbundene Preissteigerung nie den jetzigen Umfang erreichen können. Trotzdem aber leisten die Besitzenden, unterstützt von der Reichsregierung, der sofortigen Einziehung der Steuern immer noch Widerstand. Nichtentziehung der Steuern befördert ja die Geldentwertung, und die Geldentwertung wieder nicht den Besitzenden. So wird also auch dieser Kreislauf, der die Massen immer tiefer ins Elend führt, zur Bereicherung der Besitzenden benutzt.

Die Vorgänge in Wien

Wien, 2. Dezember.

In allen Wiener Bezirken herrscht heute Ruhe. In den Bezirken ist die Arbeit wieder aufgenommen. Nur in einigen Bezirken erklärten die Kommunisten, erst die Beschlüsse des Wiener Arbeiterrats, der heute abend um 7 Uhr zusammentritt, abzuwarten zu wollen.

Die Zahl der demolierten Geschäfte beträgt 172. Die meisten Läden bleiben heute geschlossen, da die Geschäftsinhaber eine Wiederholung der gestrigen Ereignisse befürchteten. Das Geschäftstreiben ist wie ausgestorben. Auf der ganzen Ringstraße ist kein einziges Kaffeehaus zu finden, das noch eine ganze Fensterscheibe hätte. Ingesamt wurden infolge der gestrigen Ereignisse 34 Personen verhaftet. Die meisten wurden bei den Wänderungen der großen Hotels in der Ringstraße festgenommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Danneberg und Stara intervenierten heute zugunsten der Verhafteten beim Polizeipräsidenten, der die Versicherung abgab, daß eine große Anzahl Beamten häufig mit der Unterjochung beschäftigt sei und alle freigelassen würden, binnen eine direkte Teilnahme an den Wänderungen nicht nachzuweisen sei.

Der „Arbeiterratsrat“ zufolge wurden die seitigen Zerstörungen von einem Kraftorganisierten, etwa 300 Köpfe starken Trupp durchgeführt. Der unmittelbare Hinter dem kommunistischen Teil der Demonstration bei den Kundgebungen marschierte.

Das Wiener Parteiblatt der Kommunisten, die „rote Fahne“, wurde heute vormittag beschlagnahmt.

Die erste russische Konzession an Deutsche. Ein deutsches Konsortium hat lochen vom Kommissariat für Landwirtschaft in Moskau die Genehmigung erhalten, im sogenannten „Schwarz-ebendiel“ in Südrussland ein Muttergut zu errichten und auszubenten. Das Konsortium verpflichtet sich, auf dem Gute rationelle Landwirtschaft nach den neuesten Methoden sowie Vieh- und Pferdezücht zu betreiben.

Schwere Dampfseilexplosion. Einem Merseburger Telegramm der „Magdeburgerischen Zeitung“ zufolge explodierte auf der Braunkohlengrube Gewerkschaft Leonhard von Wilhelm-Konzern ein Dampfseil. 3 Arbeiter wurden lebensgefährlich, 5 schwer verletzt.

Die Aftlochguder

Zwei Fälle von Aftlochgudern haben vor mehr als einem Jahrzehnt die breite Öffentlichkeit weniger empfört als belustigt. In dem einen Fall handelte es sich um einen babilischen Zentrumsabgeordneten namens Seifert, in dem anderen — um die tonförmige Parität herzustellen — um einen evangelischen Pastor aus der Provinz Sachsen.

Beide waren große Sittlichkeitsapostel vor dem Herrn, und beide wurden dabei ertröpft, als sie wie Scholale eine Flugschuldenanstalt umkreisten, um die verschiedenen Typen weiblicher Schönheit — wie sie z. B. in der Graziöserhandlung einer Gouvernante und den üppigen Rundungen einer Metzgerfrau zum Ausdruck kommen — durch ein Aftloch der Umarmung zu bewandern. Derartige Aftlochguder sind viel zahlreicher vorhanden, als der Laie auf diesem Gebiet anzunehmen pflegt. Namentlich die theoretischen Aftlochguder und -guderinnen sind zahllos wie der Sand am Meer. Es sind dies die berusmäßigen Sittlichkeits- oder vielmehr Anstaltschulden, die in den Sittlichkeitsvereinen und anderen Kaffeehäusern durch entzückte Kennnisnahme oder Ueber noch durch persönlichen Augenschein des leider überreichlich vorhandenen Schmutzes in Wort und Bild ihre erlöschenden Triebe zu galvanisieren pflegen. Diese theoretischen Aftlochguder sind von einer grenzenlosen Wirkbegierde befeuert. Sie fühlen sich unglücklich, ehe sie nicht die letzte lexuelle Verirrung gewissenhaft registriert, die letzte Keuersehne auf pornographischem Gebiet in ihren Besitz gebracht und sich nicht durch den Besuch geladener Theaterstellungen und Balletvorführungen in die vorerfischwichtige und ihnen zum unentbehrlichen Bedürfnis gewordene Sittliche Enttäufung versetzt haben.

Einer dieser Aftlochguder ist der bekannte „Kunstschwerfdräger“ des Volkstheaterbühnen, Professor Brunner. In seiner persönlichen Dauerkeit ist nicht zu zweifeln. Er erschien am letzten Mittwoch im preussischen Landtag, dessen Mitglieder diese Gelegenheit leider nicht zu einer Ovation ausnutzten. Prof. Brunner hielt mindestens 10 Reden aus wie Joseph, als er kein Reich in der Hand der zwölften Frau Potiphar ließ und ganz im Sinne Brunners nach von dannen zog.

Wären sich Herr Brunner und seine Gesinnungsgenossen auf die Bekämpfung des satirischen Schmutzes beschränken, so hätten wir an seiner Tätigkeit nicht das geringste auszusetzen. Denn wie ernt er gerade aus Anlaß der so allseitig mit der wirksamen Bekämpfung des Schmutzes st. bemelt u. a. die satirische Tätigkeit anderer Genossen Stadtrat Schneider, Reusfeld in der Bekämpfung der Schundliteratur. Auch unsere Fraktionsredner haben im Landtag erklärt, daß jede wirksame Bekämpfung des ungemessenen Schmutzes unsere volle Billigung finden wird.

Rede Spekulation auf die Sinnlichkeit ist verwerflich und zu bedämpfen.

Aber der Ehrgeiz der Brunner und Genossen geht leider weiter. Ihr Wirken ist aufstärkung-, bildungs- und damit kulturfeindlich. Und deshalb gilt diesen Aftlochgudern unser Kampf! Mag Herr Brunner schmähliche Wäher und Hördungen, Kadetten und Damen-Vorträge, Standsblätter und Anstaltsreisen verdrängen nach Herzenslust, aber er lasse seine Finger von allen Dingen, die künstlerische Wertung erfordern. Aftlochguder sind in allen diesen Fragen nicht kompetent. Sie verstehen etwas vom Schmutz, aber nichts von dem, was sich darüber erhebt.

Der verstorben Ludwig Thoma hat vor vielen Jahren, als er noch ein Dichter war, einem dieser Aftlochguder und Dudenäuser ein kräftiges Gedicht gewidmet, das ihm sechs Wochen Gefängnis einbrachte, das aber alle Freunde einer gesunden, natürlichen Erotik entzücken mußte. Auf das heute folgende Gedicht der Aftlochguder wirke dieses Gedicht natürlich wie eine Bombe:

Was schimpfen Sie, Herr Exzentrierte, Ueber die Unmoral in der Kennen! Was erheben Sie für ein solches Geheule, Sie gnadenriefende Schöpfenkeule.

Geheule und Jeremiasjänger, Was böse, meichen Sie uns mit Bibeldänger. Was gereucht Ihnen zu solchem Scherze, Sie evangelische Anstaltslerze.

Sie haben den Schmutz wohl häufig gefunden In Ihren ändigen Fleischstunden! Bei Ihrem artistischen Schweißchen, In Frau Pastorens Flanellenkleiden!

Der Reigenprojekt hat die widerliche Heuchelei der Aftlochguder aufs neue erkennen lassen. Da gehen sittlich-christliche Männlein und Weiblein nur deshalb ins Theater, um sich sittlich zu entrichten und im Sinne des berühmtesten Paragrafen des Strafgesetzbuches Vergeltung zu nehmen. Andere Aftlochschwärmer haben sich sogar im stillen Kämmerlein entzückt, ohne der Bekämpfung beizuwohnen zu haben, so groß war ansehend die erotische Fernwirkung des „Reigen“. Der persönlich zweifelloh durchaus ehrenwerte Professor Dr. Jakobson, ein vorerfischlicher Kenner des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, trat neben Professor Brunner gleichfalls als „Sadobekündiger“ im Reigen-Projekt auf. Er hat — was seine Qualifikation als Kunstschwerfdräger zur Genüge erweist und wie er müßsam seinem Gedächtnis entrag — in seinem langen Leben (65 Jahre) 2 in Worten: zwei Theater-vorstellungen besucht. Und zwar ausgezeichnet Schalepauca „Hamlet“ und Schalkers „Reigen“!

In der letzten Mittwochssitzung des preussischen Landtags, in der auch von Herrn Brunner die Rede war, haben sich nun einige

humorbegabte Mitglieder des Hauses den Scherz erlaubt, ein Aftloch-Gudfächchen mit der lobenden Aussicht auf ein unbedenkliches Bachanten-Paar, das sich ebenso zärtlich wie stürmisch umfangen hielt, auf den Tisch des Hauses aufzustellen.

Der Erfolg war sensationell, der Andrang vor dem Aftloch-Gudfächchen beängstend. Mit verständnislosem Wächeln und teilweise mit dem bekannten schmutzigen, beaglichen Grinsen, das namentlich älteren Herren bei der Aussicht auf vorboten Früchte elgen ist, quitzierte das Haus dankbar für die Gabe. Die Feilerteit wurde noch gesteigert durch die ausgelebte Widmung:

Aftlochguder

Schlimm ist's, mer nicht an Götterstreuden Das Kumpje, müde Herz kann weiden. Doch mag ein Aftloch noch zu Zeiten Auch allem Herrn Gemüß bereiten.

Ueber dem Aftloch aber war angebracht eine Abstimmungs-latte mit der Aufschrift: „Dr. Jakobson er enthält sich!“ Die Mitglieder des Zentrums freilich traten auch hier nur zu dem Zweck an das schone Gudfächchen heran, um sich darüber zu entzücken, manche vielleicht auch in der Nebenabsicht, ungeachtet aller Enttäufung nachs von dem seitigen Bachantenpaar zu träumen! Ein Zentrumsmann denunzierte das harmlose Gudfächchen dem Präsidenten, der es sich denn auch zur Bewatung vorlegen ließ. Aber zum Scherz oder beursamäßigen Aftlochguder fand der gerade amtierende deutsch-nationale Vizepräsident Dr. von Kries nichts an der Bachantengruppe auszusetzen.

Amüßant war das Verhalten der Damen der Rechtsparterie. Sie wagten nicht, persönlich einen Blick durch das Aftloch zu werfen, und schieden deshalb ihre männlichen Parteifreunde zur Rekognitionierung vor. Einer der Herren, dessen äußere Erscheinung ein glänzendes Kellameid für einen guten Klostertröpfchen abgeben würde, nahm es mit seinen Verzichtserfahrungen nicht genau. Er schickte seiner Dame alle Einzelheiten des Gudfächchens und entwarf auch eine ausführliche Skizze. Nach dieser Verleüsterung leuchteten die abnehm schon flammenden Überbaupten der betreffenden Dame in geradezu überirdischem Glanz! Ein weiterer Beweis dafür, wie unbedenklich die Enttäufung der Aftlochguder über das Gudfächchen war.

Wie schrieb doch der „Miesbacher Anzeiger“ vor kurzem in seiner volkstümlichen Ausdrucksweise über einen belannten Sexualschreiber: „Ein dreifaches Schwein, das gerne mit seinem schmutzigen Käffel im Kot wühlt!“

Hüet Euch, Ihr Aftlochguder, daß diese kurze und in Eurem Fall sehr zureichende Charakterisierung Euch bei Eurer nächsten Sittlichkeitsoffensive nicht in aller Ehrsucht zuteil werde!

Die Geheimnisse der Schloßkaserne

Die Pläbdoiers — Der Freispruch

In der gestrigen Schlußverhandlung des Schwurgerichts wegen der Ermordung des Schupomachtwehrs Buchholz wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Biallett, verlas die an die Geschworenen zu stellenden Schuldfragen, die auf gemeinschaftlichen Mord und auf Antrag des Staatsanwalts bezüglich des Erren auf Begünstigung und bei Meger auf Beihilfe lauten.

Die Anklage begründete der erste Staatsanwalt Krause-Laurenz. Einleitend geisterte er die Taktik der Verteidigung, eine Anzahl von Zeugen aufmarschieren zu lassen, die lediglich die Aufgabe hatten, bei dem getöteten Buchholz alle nur möglichen Schattenseiten aufzudecken und die Lichtseiten zu verbunkeln. Aller möglichste Klatsch sei gegen den Toten vorgebracht worden. Der Staatsanwalt stellt fest, daß die Art und Weise, wie der tote Buchholz gequält wurde, einen sehr peinlichen Eindruck auf ihn gemacht habe. Das

Märchen von einem Selbstmord

Buchholz sollte dadurch mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnen. Buchholz war wegen der Unterschlagungsfrage aus der Untersuchungshaft entlassen mangels genügender Beweise. Nach dem genau begründeten Gutachten des Medizinalrats Dr. Störmer, und der Richtung des Schlußantrags kann kein Selbstmord vorliegen. Wer sich selbst töten will, fuhr der Staatsanwalt fort, geht nicht kurz vorher zum Barbier, um sich rasieren zu lassen, und macht sich zum Ausgehen zurecht. Ich seinen Hut an, nimmt einen Stock in die Hand, um sich dann plötzlich einen ganz merkwürdigen Schuß in den Hinterkopf beizubringen. Die anderen Sachverständigen haben den Schuß ebenfalls für ungewöhnlich erklärt. Auch alle anderen Begleitumstände beweisen, daß ein Selbstmord völlig ausgeschlossen ist. Als Täter kann nur ein Mitglied der Hundertschaft z. B. in Frage kommen.

Die Vorgeschichten haben die Truppe als eine glänzende Polizeitruppe geschildert. Man hat die Hundertschaft, und ganz besonders die Angeklagten, gerühmt. Eine andere Frage ist aber, wie sie außerhalb ihres Dienstes anstraten, und gewiß waren sie nicht sämtlich Engel. Der Angeklagte Meger wurde bekanntlich wegen schwerer Mißhandlung kürzlich zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, und nachdem was ich gehört habe,

müßte ich Meger nicht in die Hände fallen.

Auch der Zeuge Stollenberg wurde in arger Weise, und zwar auf Anweisung von Meger, verprügelt. Bei der Durchsichtung nach Waffen zeigte die Hundertschaft keine Spur von Dillipin, sondern offene Ausschüttung. Der Minister erklärte dies im Landtage als eine Meuterei. Des Verbrechen ist entstanden auf diesem Boden der Unduldsamkeit gegen Andersdenkende. Bezeichnend ist, daß nach der Befragung eines Zeugen Hauptmann Stennes die Bemerkung gemacht hat, wenn sich nicht mehr Führer der Hundertschaft bin, dann werden diese Leute Verbrecher. Nicht nur auf die Morde der Tat, sondern auch in Bezug auf die Tat selbst wurden von den Angehörigen der Hundertschaft Verschleierungen versucht. Gegenüber den Ermittlungsbehörden bildete die Hundertschaft eine geschlossene Kaserne, die Beamten deckten sich gegenseitig und hängen zusammen wie die Aelchen. Die Geschworenen mögen bedenken, daß Meger gelogt hat.

wenn Buchholz mit politischen Dingen kommt, dann ist er erledigt.

Und ein oder zwei Tage später war Buchholz erledigt. Anlässlich der Untersuchungsaffäre konnte die Hundertschaft beschreiben, daß Buchholz unangenehme Dinge zur Sprache bringen könnte, zum Beispiel die Befolgung politischer Agenten, die Gründung des Bundes der Ringmänner usw. Es konnte auch befürchtet werden, daß Buchholz die Unterschlagungen eines anderen aufdecken konnte. Die Hundertschaft hielt besonders viel auf äußeres Ansehen und äußere Ehre und fürchtete einen Skandal. Es war auch bekannt, daß Buchholz zu der radikalsten Presse Verbindung unterhielt. Eine Befragung des Buchholz zur Vermeidung eines Skandals reichte nicht aus, er mußte also beiseite werden. Hierin ist der Schlüssel zur Lösung des Rätsels der Schloßkaserne zu suchen, aber niemals in einem Selbstmord des toten Buchholz.

Staatsanwalt Steinbrecher erörterte dann eingehend die Frage der Täterschaft und der Schuld der beiden Angeklagten. Mit außerordentlicher Geschicklichkeit habe man versucht, einen Selbstmord vorzutäuschen und die fest zusammenhaltende Hundertschaft habe einer schnellen Aufklärung Widerstand entgegengesetzt. Auch dieser Staatsanwalt schließt sich der Kritik über die Hundertschaft seinem Kollegen an. Das über der Tat liegende Dunkel sei nicht restlos aufgeklärt worden. Erren behauptete, am Telefon gefesselt zu haben, als der Schuß fiel. Wer sagt aber, daß dies der Wahrheit entspricht. Wer weiß es, ob Erren nicht Buchholz von hinten niedergeschossen hat? Daß Erren tatsächlich am Telefon gefesselt hat, konnte kein Zeuge ausagen. Daß ein

unbekannter Dritter

den Schuß abgegeben hat, ist ebenfalls möglich. Sehr verdächtig ist das Verhalten des Zeugen Heise, der kurz vor der Tat alle Zimmer durchgegangen ist, dielektisch, um die Täter zu fassen. Wenn Erren nicht selbst der Täter ist, dann kennt er ihn aber ganz genau. Wenn die Geschworenen sich nicht entschließen können, die Schuldfrage des gemeinschaftlichen Mordes zu bejahen, dann seien die Schuldfragen nach Begünstigung und Beihilfe unbedingt zu bejahen.

Nach einer kurzen Pause ergriff der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Alsberg, das Wort. Er vertritt die Ansicht, daß über die Art, wie sich Buchholz den tödlichen Schuß beigebracht habe, nicht der Medizinalrat Dr. Störmer ein Gutachten hätte abgeben dürfen, sondern darüber hätte ein Akrobat vernommen werden müssen. Für den Verteidiger waren die Aussagen der Belastungszeugen zur Kleinigkeit, für ihn existierten nur die Leumundszeugen, die Pastoren usw., die über die Angeklagten ausgesagt haben, daß sie christlich erzogen worden wären und in Religion die Zensur gut bekommen hätten. Heberliche Madenschalten hätten diesen Prozeß gezeitigt. Die Ehrengerichte in der Hundertschaft seien ein Beweis für die vorbildliche Kameradschaft in dieser Truppe. Die Waffenlieferung der Hundertschaft veranlaßt den Herrn Verteidiger zu der Aeußerung, daß es noch mehr militärische Organisationen gebe, die es nicht über das Herz bringen könnten, die Waffen abzugeben. In seiner weiteren Verteidigungsrede kommt Dr. Alsberg zu der geradezu ungeheuerlichen Feststellung, daß Buchholz mit Absicht sich in merkwürdigen erschossen habe, damit auf seine Kameraden ein Mordverdacht fallen müsse. Der Verteidiger verlangte die Verneinung sämtlicher Schuldfragen.

Nach der Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen zu einer verblüffend kurzen Beratung zurück und kamen zur Verneinung sämtlicher Schuldfragen.

was ihnen den Beifall einiger Mitglieder der Hundertschaft z. B. B. einbrachte. Das Gericht verurteilte den Freispruch der beiden Angeklagten. Die Kosten des Verfahrens und die entstandenen notwendigen Ausgaben der Angeklagten fallen der Staatskasse zur Last. Das Gericht beschloß ferner, den Angeklagten für ungeschuldig erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigung zu gewähren. Die Angeklagten wurden nach Verlobung des Freispruchs von ihren Kameraden umringt und lebhaft beglückwünscht.

Deutsche Justiz

Neun Monate Gefängnis wegen republikanischer Treue

Am Besetzungstage der ehemaligen deutschen Kaiserin, am 19. April, hatte die Deutsche Volkspartei in Düren am Hause ihres Parteibüros die schwarz-weiß-rote Flagge gehißt. Die Fahne wurde am demselben Tage heruntergerissen. Die Strafkammer verurteilte deswegen den sozialdemokratischen Stadtratsordner und Redakteur Rademacher und zwei Arbeiter wegen Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung zu je drei Monaten Gefängnis.

Die monarchistischen Barden haben schon dühende Mäse die Flaggen der Republik heruntergerissen und in den Dreß getreten. Kein Gericht fand sich, das diese Burlesken zur Rechenhaft gezogen hätte. Der Lappen der Monarchisten hingegen ist ein Heiligtum, wer sich an ihm vergreift, begeht „Landfriedensbruch“ und wandert ins Gefängnis. So belohnt die heutige Justiz den Anhänger der Republik die Treue. Das Urteil ist so unerhört, daß es sofort aufgehoben werden muß.

In dem Hochverratsprozeß gegen die Stachurter Kommunisten, der seit dem 17. November vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelt wird, wurde gestern nachmittag das Urteil verkündet. Von den 55 Angeklagten wurden 16 freigesprochen. Von den übrigen wurden 10 wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt, darunter die Haupttätbelführer Arbeiter Otto Bauersa aus Magdeburg zu 2 Jahren Festungshaft, der Metzler Franz Junge aus Staffort zu 4 Jahren Festungshaft und der Arbeiter Fritz Schlenz aus Ahndorf zu 3 Jahren Festungshaft, die anderen zu Festungshaft von 2 Monaten bis 1 1/2 Jahren. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu fünfviertel Jahren verurteilt.

Die Anklage stützt sich auf den Karrenstreich, der im August 1920 von einigen Phantasten unternommen wurde, um durch Errichtung der Räterepublik dem gegen Polen kämpfenden Rußland Hilfe zu leisten. Der finstliche Spul war in wenigen Stunden verfloren. Jetzt wirft das Reichsgericht die Teilnehmer auf Monate und Jahre ins Gefängnis, daselbe Reichsgericht, das die Rappenzbröcker nicht zu fassen weiß. Deutsche Justiz!

Der Schuhmann als Henker

Eine neue Erschießung auf der Flucht

Donnerstag nachmittag wurde von einigen Berliner Kriminalbeamten in Charlottenburg ein Kommunist namens Lohse verhaftet. Der Verhaftete wurde vom Untersuchungsrichter in Blauen i. A. rechtbrüchlich verfolgt, weil er an verschiedenen Dynamitattentaten während des Märzputches beteiligt gewesen sein sollte. Der Verhaftete wurde nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium gebracht. Unterwegs soll er, wie gemeldet wurde, mit den Fäusten auf die Beamten eingeschlagen, sie zur Seite geschleudert haben und dann entflohen sein. Die Beamten, so wird weiter behauptet, verfolgten ihn und riefen ihm mehrfach „halt“ zu. Als er diesen Rufen nicht Folge leistete, schossen die Beamten auf ihn und verletzten ihn am Rücken und am Bein. Lohse wurde in schwerem Zustand nach dem Krankenhaus gebracht. Dort ist er im Verlauf des Abends bei einer Operation gestorben.

Soweit der Postkammerbericht, der außerdem noch hervorhebt, daß Lohse ein großer, harter Mensch gewesen sei, von geradezu herkulischer Bauart. Bei seiner Verhaftung sei ihm ein mit neun Patronen geladener Revolver abgenommen worden. Ob die Angaben im einzelnen zutreffen, können wir nicht nachprüfen. Aber selbst wenn angenommen werden kann, daß sie richtig sind, ergibt sich auch aus diesem Falle wieder einmal, daß die heutigen Schießvorschriften jeden Schuhmann zum Richter über Leben und Tod machen. Die Beamten mögen diesen Vorschriften nach korrekt gehandelt haben, um so schlimmer ist es dafür mit den Vorschriften bestellt, nach denen sie instruiert werden.

Schuld ist der bekannte Heine'sche Schießersatz. Dieser ordnet an, daß auf jede Person, die bei einem Vergehen betroffen wird oder dieser Tat bringend verdächtig ist und die sich der Festnahme durch die Flucht zu entziehen versucht, ohne weiteres geschossen werden kann. Duzende von Menschenleben, darunter sehr viele Unschuldige, sind diesem Erlass schon zum Opfer gefallen. Es ist ein unerhörter Zustand, daß der bloße Verdacht einem Schuhmann das Recht gibt, auf einen Menschen zu schießen. In alle den Fällen, wo sich der Verdacht nicht rechtfertigt oder wo es sich, wenn es zu einem Prozeß kommt, um ein Vergehen handelt, das mit einer geringfügigen Geldstrafe oder einigen Wochen Gefängnis geahndet wird, kann der Schuhmann vorher auf Grund des Heine'schen Schießersatzes ein Urteil vollstrecken, das nur bei dem schwersten Verbrechen, dem Mord, ausgesprochen wird. Und der Schuhmann, der solchermaßen handelt, macht sich dabei nicht einmal eines Vergehens schuldig, denn er hat den Schießersatz des Herrn Heine in der Tasche, der ihm nach jeder Seite hin Dedung gewährt.

Nachdem Lohse entlassen war, lag kein Grund vor, auf ihn zu schießen. Es ist schlimm für die heutige Republik, daß just unter ihrer Herrschaft ein derartiger Befehl entstehen konnte. Schlimm vor allem deshalb, weil zur Zeit der kaiserlichen Herrschaft ein derartiger Befehl nicht existierte. Unsere Genossen haben im Landtag den Minister wiederholt ersucht, den Schießersatz des Herrn Heine aufzuheben. Der Minister und seine Stellvertreter

sieben stumm. Wird der Erlass nicht endlich aufgehoben, dann müssen für jede weitere Erschießung auf der Flucht nicht die eigentlichen Täter, sondern diejenigen Personen verantwortlich gemacht werden, die den barbarischen Schießersatz immer noch decken und die es nicht wagen, ihn endlich zu beseitigen.

Wie mitgeteilt wird, hat der Postkammerpräsident gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ Strafantrag gestellt, weil das Blatt von einem Mord an Lohse spricht.

Ablehnung der Schlichtungsordnung

Ein Protest der Arbeitervertreter

Der Reichswirtschaftsrat hatte in seiner letzten Plenarsitzung den Gesetzentwurf über die Schlichtungsordnung nochmals an den sozialpolitischen Ausschuss zurückverwiesen, um dort erneut eine Verständigung zu versuchen. Es wurde nochmals ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, dessen Bericht vom sozialpolitischen Ausschuss am 1. Dezember entgegengenommen werden konnte. Bei der anschließenden Beratung zeigte sich auch diesmal, daß die Unternehmer in der Schlichtungsordnung ein Instrument haben wollen, um die Lohnkämpfe der Arbeitnehmer durch eine gesetzliche Reglementierung abzuwürgen. Die Anträge der freien Gewerkschaften wurden zwar zum Teil gegen die Stimmen der Unternehmer angenommen; dennoch stimmten die freigewerkschaftlichen Ausschussmitglieder bei der Gesamtabstimmung gegen das Gesetz, weil der entscheidende § 55 eine durchaus arbeitserfindliche Formalisierung enthalten hat. Auch die von den christlichen Arbeitervertretern gestellten Verbesserungsanträge mußten von unseren Freunden im Ausschuss als durchaus unzulänglich abgelehnt werden.

Bei der Gesamtabstimmung stimmten alle Ausschussmitglieder gegen das Gesetz; die Unternehmer, weil ihnen die Vorlage noch nicht scharfmacherisch genug ausgefallen war, die Arbeitnehmer aus der entgegengegesetzlichen Auffassung heraus. Die den freien Gewerkschaften angehörenden Ausschussmitglieder gaben zu der Abstimmung folgende Erklärung ab:

Die den freien Gewerkschaften angehörenden Ausschussmitglieder erblicken in der vom sozialpolitischen Ausschuss angenommenen Fassung des § 55 der Schlichtungsordnung eine unerträgliche Einschränkung des Streikrechts.

Die unterzeichneten Arbeitnehmervertreter sehen sich deshalb gezwungen, dem vom sozialpolitischen Ausschuss beschlossenen Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung ihre Zustimmung zu verweigern zu müssen.

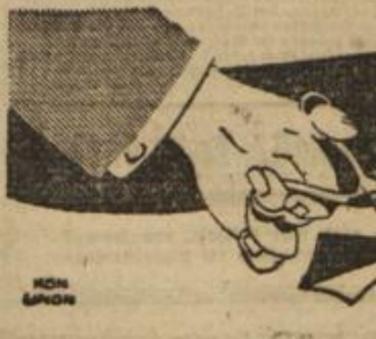
Kuffhäuser, Urban, Albrecht, Stähler, Spröcklinger, Kiedel, Dreber, Gürtner, Ambreit, Luise Köhler, Udo, Stähler.

Die Vermögenszuwachssteuer

Der Reichstagsausschuss für Besteuerungen beriet am Freitag die Gesetzentwürfe über eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit und den Entwurf eines Vermögenssteuererlasses. Die Abgeordneten Pöschmann (Dem.) und Dr. Helferich (Dill.) vertraten die Ansicht, daß das Vermögenszuwachssteuergesetz bei dem wechselnden Geldwert und der Unsicherheit aller Verhältnisse überhaupt nicht verabschiedet werden könnte. Abg. Bernknecht (Soj.) trat dagegen für die Regierungsvorlage ein, ebenso Abg. Dr. Herx. Trotz der Unzulänglichkeit der Vorlage der Regierung werde keine Fraktion in dieser Sitzung zustimmen. Es sei jedoch unerhört, daß man auch bei dieser Gelegenheit wieder die Sachwertbefürworter steuerlich schonen wolle. § 1, der bestimmt, daß von dem Vermögenszuwachs eine Steuer erhoben wird, wurde jedoch gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Demokraten und bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei angenommen. Die folgenden §§, bis einschließlich § 13, wurden im wesentlichen in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. § 14 wurde nach einem gleichlautenden Antrag des Zentrums, der Demokraten und der Deutschnationalen dahin geändert, daß steuerpflichtig der Vermögenszuwachs nur dann ist, wenn er den Betrag von 100 000 Mark (in der Regierungsvorlage 50 000 Mark) übersteigt. Die Steuer soll nur erhoben werden, wenn das Endvermögen 200 000 Mark (in der Regierungsvorlage 100 000 Mark) übersteigt. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, daß, falls die Familie des Steuerpflichtigen mehr als 2 unterhaltspflichtige Personen zählt, sich der Betrag des steuerfreien Vermögens für jede weitere unterhaltspflichtige Person um je 25 000 Mark erhöht. — Im § 16 wurden nach einem Zentrumsantrage die Steuerbefreiungen folgendermaßen herabgesetzt: Die Steuer beträgt für die ersten angelegenen oder vollen 200 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 1 Prozent, für die nächsten angelegenen oder vollen 400 000 Mark 2 Prozent, für die nächsten 600 000 Mark 3 Prozent, für die nächsten 800 000 Mark 4 Prozent, für die nächsten 1 1/2 Millionen Mark 5 Prozent.

Im Reichstagsausschuss für Verbrauchsteuern wurde am Freitag der Gesetzentwurf zur Änderung des Zuckerssteuergesetzes weiter behandelt. Hierzu brachten die Sozialdemokraten einen Antrag ein, daß die Zuckerssteuer von 100 Kilogramm Reingewicht nur 50 M. betragen soll, d. h. die Hälfte der von der Regierung veranlagten Steuer. Unter den Vertretern der verschiedenen Richtungen der Linken fand eine Auseinandersetzung über die Zuckerssteuerfrage statt, an der die Abgeordneten Niedmüller (Soj.), Käben (Komm.), Henke (U. S.) teilnahmen. — Abg. Dr. Spahn (Zentr.) trat für die Regierungsvorlage ein, die dazu beitragen soll, die eigenen Finanzen zu sanieren. — Abg. Dr. Pöschmann (Dem.) fand den Antrag der Sozialdemokraten auf 50 Mark pro Doppelzentner verständlich, aber nicht annehmbar; dadurch würde der jährliche Ertrag um 1/2 Milliarde herabgemindert. — Abg. Schultze-Bromberg (Dill.) erklärte, seine Freunde würden sich der Stimme enthalten. — Staatssek. Japs vom Reichsfinanzministerium verteidigte den von der Regierung vorgelegten Steuerentwurf. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten angenommen. Ferner wurde ein Antrag Dr. Japs (D. Sp.) angenommen, wonach Zuckersäfte, Rübenäfte (Rübenkraut, Rübenkraut) und andere Zuckersäfte sowie Stärkepulver der Zuckerssteuer zu vollstem oder zu einem ermäßigten Satze unterstellt sind.

Der Abg. Oberhausen, der bisherige Vorsitzende des Steueraussschusses des Reichstags, teilt uns zu der vor etwa Monatsfrist bei uns erschienenen Kritik: „Gegen das Börsenchiebertum“ mit, daß er seit Mitte September im Krankenhaus liegt und deshalb an der verspäteten Einberufung des Ausschusses keine Schuld trage. Keine Berufung von Hermes nach Rom. Die Meldung der P. R. N. über eine Berufung des Ministers Hermes als Botschafter nach Rom wird vom Reichsernährungsministerium als erfunden bezeichnet. — Leider, wird Hermes sagen.



Wenn Sie klug sind,

geben Sie der Zigarette den Vorzug, die selbst einem sehr verwöhnten Raucher Genuß bietet, dabei aber Ihre Börse schont.

Massafy-Cald 60s

Beginnt der Bürgerblock zu wanken?

Demokratische Bemühungen

Nach der Geschäftsordnung des Stadtparlaments muß zu Beginn des Jahres das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung neu gewählt werden. Wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten festgestellt, daß es dem Bürgerblock in der selbstgewählten Rolle der Gewaltpolitik anscheinend nicht ganz wohl ist, und der linke Flügel des Bürgerblocks, die demokratische Partei, versucht jetzt die Gelegenheit der Neuwahl des Vorsitzers zum Einlenken zu benutzen. „Potsdamer Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ geben gestern Abend Neußerungen wieder, die das Scheitern der demokratischen Fraktion zeigen, ihren in der Wahl Dr. Casparis beengenden Fraktion wieder gutzumachen. Die „Potsdamer Zeitung“ schreibt:

Bei der bevorstehenden Neuwahl wollen die Demokraten erneut versuchen, eine Verständigung mit den Mehrheitsfraktionen herbeizuführen. Das scheint um so angebrachter, als die jetzigen Verhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung ganz unhaltbar sind, weil einmal die bürgerlichen Parteien mit ihrem Übergewicht von fünf Stimmen keine arbeitsfähige Mehrheit darstellen und außerdem die Demokraten es ablehnen, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen zu bilden. Eine arbeitsfähige Mehrheit, die unserer Stadtverordnetenversammlung im Interesse der ganzen Bevölkerung Berlins so dringend nötig ist, kann nur geschaffen werden, indem der Block der Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitsfraktionen zur Tatsache wird.

Lehrlich äußert sich das „Berliner Tageblatt“:

Wir haben bereits früher betont, daß bei der Wahl des Stadtverordnetenvorsitzers auch die demokratische Fraktion (wie die sozialdemokratische) Fehler begangen hat, anscheinend beeinflusst durch die auf der Rechten bestehende Auffassung, daß unter keinen Umständen ein Sozialdemokrat Stadtverordnetenvorsitzer werden dürfe. Wir möchten die Hoffnung aussprechen, daß bei der Neuwahl des Bureaus im kommenden Januar eine Verständigung mit der Sozialdemokratie erzielt wird, die der Tatsache Rechnung trägt, daß die Mehrheitsfraktionen die stärkste Partei des Stadtparlamentes sind.

Die Demokraten sind im Irrtum, wenn sie das Präsidium als den politischen Ausdruck eines zu bildenden Blocks der Mitte betrachten. Die Befugnis des Präsidiums ist eine rein formale Angelegenheit, die erst von den maßgebendsten Rechtsparlamenten zu einer politischen Angelegenheit gesteigert wurde, als man auf Grund der fünf-Männer-Mehrheit die Bildung eines rein bürgerlichen Präsidiums unternahm. Die Demokraten sind auch im Irrtum, wenn sie die Befugnis des Präsidiums ausschließlich im Wege der Vereinbarung vornehmen wollen. Auch die sozialdemokratische Fraktion, deren Einverständnis von den Demokraten vorausgesetzt wird, hat in der ersten Stadtverordnetenversammlung ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie an dem Grundgedanken der Befugnis des Präsidiums nach der Stärke der Fraktionen festhalten will. Lediglich über die Personen der Kandidaten für das Präsidium — das hat auch der Redner der U. S. V. zum Ausdruck gebracht — empfiehlt sich eine Verständigung zwischen den Parteien. Von diesen Gesichtspunkten betrachtet die Unabhängige Katholikenfraktion die Neuwahl des Vorsitzers und wird auch entsprechend handeln.

Was den bürgerlichen Parteien im Berliner Stadtparlament nicht so gut gelingen will, das versuchen sie jetzt in den Bezirksversammlungen desto rücksichtsloser. Die Zuteilung von Stadtverordneten zu den einzelnen Bezirksversammlungen verliert die bürgerlichen Parteien dazu zu benutzen, die Wahlergebnisse in einem ihnen günstigen Sinne gewaltsam zu korrigieren. Die bisherige knappe sozialistische Mehrheit im Bezirk Berlin-Mitte ist durch eine bürgerliche ersetzt worden, die aber ebenfalls nur ganz gering ist und vor allem keine Berechtigung bietet in der Befugnis des Bezirksamts eine Veränderung einzutreten zu lassen. Nun ergab sich aber in der Sitzung des Wahlaufschusses, der besondere Gesuche einzelner Stadtverordneter auf Zuteilung an einen bestimmten Bezirk zu prüfen hat, daß ausgerechnet drei bürgerliche Stadtverordnete ein persönliches Interesse daran zeigen, dem Bezirk Berlin-Mitte zugewiesen zu werden. Wenn man sich die durchsichtige Begründung eines dieser drei Herren, des deutschnationalen Hennes Koch, ansieht, dessen Beziehungen zum Bezirk Berlin-Mitte darin bestehen, daß er in diesem Gebiet geboren ist und die Schule besucht hat, so merkt man sehr deutlich die Absicht dieser Uebung. Es soll das Stimmenverhältnis in

der Bezirksversammlung, das nach dem Wahlergebnis eine partielle Befugnis des Bezirksamts erfordert, zugunsten der bürgerlichen Parteien verschoben werden. Der „Vorwärts“ bemerkt dazu sehr richtig:

„Die Bürgerlichen haben diese offensichtliche, mit Händen greifbare Vergewaltigung eines Wahlergebnisses im Ausschuss geschlossen mitgemacht. Nach unserer Auffassung kann und wird sich die sozialdemokratische Fraktion eine solche Politik der Vergewaltigung nicht gefallen lassen, um so weniger, wenn die Mehrheitsverhältnisse auch nicht einmal ein äußerliches Recht zu einer derartigen Politik geben.“

Auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wird dieser Fortsetzung der bürgerlichen Gewaltpolitik in den Bezirken den entschiedensten Widerstand entgegensetzen.

Um den neuen Brotpreis

Eine Schwindelaktion der Bäckermeister

Der Fachausschuss der städtischen Ernährungsdeputation hat beschlossen, einer Erhöhung des Großbrotpreises auf 7,96 Mark und des Preises für drei Schrippen auf 70 Pfennig zuzustimmen. Die Ernährungsdeputation selbst wird sich erst am kommenden Montag mit der Frage beschäftigen.

Die Berliner Bäckermeister finden nun, daß diese Preise viel zu niedrig sind, und erheben — einmütig, versteht sich — Protest gegen sie. Sie erklären, mit diesen Preisen nicht auskommen zu können. Infolge des Wochenlohnschlages von 130 Mark, den die Gesellen erhalten haben, hätten sich, wie die Bäckermeister behaupten, die Verhältnisse derart gestaltet, daß die Gehilfen in Groß-Berlin heute ein Jahreseinkommen von 26000 Mark haben, während den Bäckermeistern infolge der städtischen Preisfestsetzungen nur 19. bis 22000 Mark als Einkommen zur Verfügung ständen. Der Verkauf von markenreifelem Gebäck sei mit Ausnahme der westlichen Bezirke in ganz Groß-Berlin um 30 bis 75 Prozent zurückgegangen, so daß die Bäcker nicht mehr imstande seien, ihre Geschäftskosten aus dem Verkauf der markenreifele Ware zu decken. Es soll daher versucht werden, den Magistrat zu veranlassen, den Brotpreis um weitere 10 bis 15 Pfennig zu erhöhen, da sonst die Bäcker auch ihrerseits zu wichtigen Entschlüssen Stellung nehmen müßten. Die Bäcker protestieren vor allem gegen die Drohung des Magistrats, die Broterzeugung in städtischen Betrieben vorzunehmen.

Man tut den biederen Herren Meistern gewiß kein Unrecht an, wenn man das schwarz in schwarz gehaltene Bild ihrer wirtschaftlichen Misere nicht ganz ernst nimmt. Aber selbst wenn es wahr wäre, wäre es vollkommen abwegig, widersinnig und unsozial, die Schlässe daraus zu ziehen, die sie selbst daran knüpfen. Die freie Wirtschaft, zu der die Bäcker ja nicht schnell genug gelangen konnten, ist eben mit einem gewissen Risiko für den Unternehmer verbunden. Wollen die Bäcker dieses Risiko tragen, so müssen sie nur der freien Wirtschaft Ballet sagen. Die Verstaatlichung der Broterzeugung würde ihnen mit einem Schlage zu dem äppigen Wohlleben der von ihnen so beneideten Gehilfen verhelfen. Warum in aller Welt erbilden sie dann aber eine Gefahr in ihr? Die Antwort ist sehr einfach: weil die behauptete Besserstellung der Gehilfen einfach glatter Humbug ist.

Worauf es den Bäckern ankommt, ist in Wahrheit die Wegsteuerung der in Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftslage keineswegs zu hohen, sondern im Gegenteil viel zu niedrigen Lohnerhöhungen der Gehilfenschaft im Wege der Profitsteigerung, ein Mandat, das die schärfste Abwehr erfordert, um so mehr, als es die gesamte minderbemittelte Bevölkerung, besonders aber die Arbeiterschaft, in empfindlichster, ja, schmerzhaft untragbarer Weise belastet. Es darf daher unter keinen Umständen auf die fadensteigigen Argumente der Bäckermeister Rücksicht genommen werden, es muß vielmehr heißen: bis hierher und nicht weiter!

Die zuständigen städtischen Körperschaften müssen die Proteste der Bäcker mit dem Fuhrtritt abtun, den sie verdienen.

Zusammentritt der Bezirksversammlungen. Die Bezirksversammlungen der Stadtgemeinde Berlin konnten seit Monaten nicht zusammentreten, weil einzelne Bezirksverordnete noch nicht

benannt werden konnten und weil die auf Stadtliste gewählten Stadtverordneten sowie die in den Wahlkreisen 10, 13 und 15 bisher noch nicht auf die einzelnen Bezirksversammlungen verteilt worden waren. Dies ist nunmehr geschehen. Die Bezirksversammlungen können in nächster Woche zusammentreten und mit den Staatsberatungen endlich beginnen.

Der Nord in der Meher Straße

Wichtige Zeugenaussagen

Gestern vormittag nahmen die Kriminalkommissare Dr. Grünberg und Bünker erneut eine Vernehmung der Ehefrau des erschossenen Ingenieurs Halenzahl vor. Es wurden der Frau Halenzahl verschiedene Zeugen gegenübergestellt, die beauftragt waren, daß sie mit dem Ingenieur zusammen bis gegen vier Uhr nachmittags in einem Lokal geessen hätten. Plötzlich wurde Halenzahl an den Fernsprechapparat gerufen. Als er wieder zum Tisch zurückkehrte, teilte er seinen Freunden freudig erregt mit, daß ein Geschäft, an dem er 100 000 Mark verdiene, zustande gekommen sei und daß er dem Bureaufräulein, das ihm die Nachricht übermittelte, 5000 Mark Belohnung für allerlei geleistete Dienste ausgelagt habe. Halenzahl befand sich also keineswegs in depressiver Stimmung, so daß es ganz ausgeschlossen erscheint, daß er noch am selben Nachmittag Hand an sich selbst gelegt haben könnte. Er entfernte sich daraufhin aus dem Lokal mit dem Bemerkten, daß er nur ein Paar von ihm loebden gekaufte Hauschuhe nach Hause bringen und sodann den Geschäftsmann aufsuchen wolle, mit dem er loebden das erwähnte Geschäft abgeschlossen habe. Diese Aussage der Zeugen ist darum von äußerster Wichtigkeit, weil aus ihr hervorgeht, daß Halenzahl unermuteterweise nach Hause gekommen ist und daß er keineswegs betrunken war, wie seine Frau behauptet. Seitdem blieb der Ingenieur verschunden. Des Abends fragte ein Freund nach ihm. Frau Halenzahl erklärte, daß ihr Mann noch nicht nach Hause gekommen sei. Als am nächsten Morgen derselbe Freund seine Nachfrage wiederholte und der Frau Halenzahl erzählte, daß ihr Mann 100 000 Mark verdient habe, erwiderte sie mit unerschütterlicher Ruhe: „Na, dann wird er wohl die Nacht hindurch gekneipt haben und wird jetzt mit den 100 000 Mark nach Afrika gereist sein. Dort wollte er ja schon lange hin.“

Frau Halenzahl änderte heute vormittag ihre Aussage ein wenig. Sie hätte auf der Straße vor dem Laden gestanden, als ihr Mann plötzlich nach Hause zurückkam. Er sei völlig betrunken gewesen und sei in der Wohnung mit Tiede in Streit geraten. Es kam zu Tätlichkeiten, in Verlauf derer Halenzahl dem Tiede dessen Revolver entriß und sich in der Erregung selbst erschoss. Die Kriminalpolizei nimmt allerdings an, daß der Fall sich anders zugegetragen habe. So nämlich, daß der Ingenieur die beiden in verhänglicher Situation überrascht hätte. Es mag schon sein, daß Halenzahl den Tiede sodann tätlich angegriffen hat und daß dieser erst daraufhin den Chemann über den Haufen schob.

Wohltaten der A. E. G.

Ein Arbeiter schreibt uns: Im November 1920 prangte in allen A. E. G. Betrieben ein Anschlag, durch welchen der Arbeiter- und Angehörigenzustand mit großer Weite die Mitteilung gemacht wurde, daß die A. E. G. aus der Fülle ihrer kaum noch unterzubringenden Millionengewinne den Betrag von 12 Millionen Mark zugunsten der bei ihr beschäftigten Arbeiterschaft bereitstelle. Aus den Reihen der Beschäftigten wurden dann Vorschläge über die Art und Weise der Verwendung dieses Fonds verlangt. Unter anderen Vorschlägen forderte einer, daß die 12 Millionen unter die gesamte Belegschaft zur Verteilung gebracht werden sollte. Dies wurde jedoch abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß von den 12 Millionen nur die Zinsen zur Verfügung stehen.

Eine zur Beratung eingesetzte Stabkommission beschloß sich nun bereits schon ein Jahr damit, wie die Gelder am besten Verwendung finden könnten. Die dieser Kommission angehörigen Arbeiter fühlen sich allmählich genaschürt. Es sind nun zu den ersten 12 Millionen in diesem Jahre wiederum 12 Millionen hinzugekommen. Anträge von kranken Arbeitern liegen genug vor! Die meisten wollen eine Kur gebrauchen, um ihre von der A. E. G. durch ständige Ausbeutung ruinirte Gesundheit ein klein wenig wieder auszufinden. Es wird aber alles abgelehnt, denn man weiß ja immer noch nicht, wie das Geld zu verwenden wäre!

Der ganze sogenannte Wohlfahrtsfonds hat aber noch nicht für einen Pfennig Nutzen gestiftet. Dabei ist er nichts anderes als ein Teil des den Arbeitern vorenthaltenen Mehrwerts, herausgehoben aus ihren Knochen und aus der Not, in der sie sich mit ihren Familien befinden. Es ist ein Unbegriff, daß nur die

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Bisk

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(22. Fortsetzung)

Waterland, Waterlandgedanke... geheimnisvoller Begriff! Wann ist er zuerst unter den Menschen aufgetreten? Er ist einer der großen Glaubenssätze, den man mit den ersten kindlichen Gebeten aufnimmt, den die Eltern von den Großeltern erben, und diese Hingabe geht weit, weit zurück bis...

Bis wohin? Wo ist der Beginn dieser Idee?

Waterland... Das Wort nahm ihn ganz gefangen... Er suchte sich zu beruhigen: „Lassen wir doch diese Dinge ruhen... Ich mache mich ja gut als Bewerber um einen Akademiestuhl. Wenn meine künftigen Amtsgenossen alle Fragen, über die sie vortragen, so von Grund aus studieren würden, wenn sie in die Tiefen der Moral, des Rechts, des Guten, des Wahren hinabstiegen, bliebe ihnen kaum die Zeit, alle Damen preiszufragen und am Wörterbuch zu arbeiten.“

Aber die Wihbegier ließ ihm keine Ruhe.

Auf dem Lyzeum war er ein guter Schüler gewesen. Er besaß ein treues Gedächtnis und ersauerte unschwer alte Eindrücke.

Beginnen wir mit den Griechen... Denn die Chaldäer, Ägypter, Perser waren keine Bürger, nur Herden, ohne Staatseinrichtungen, von Gottkönigen beherrscht; und die Ägypter, die Juden kannten nur eine mystische Vaterlandsliebe, die auf der Religion beruhte. Aber die Griechen... Man kennt wohl eine Griechenzeit, aber kein griechisches Vaterland. Feindliche Städte, streitende Gemeinwesen. Gab es noch keine Reichthümerpolitik, so gab es eben eine Tempelpolitik. Sparte, Athen, das war das Waterland; je nachdem, ob man in Sparta oder Athen geboren war, immer vorausgesetzt, daß man frei geboren war, denn der Sklave hatte weder de jure noch de facto ein Waterland.

Gab es ein römisches Waterland? Nein. Bei den alten Römern galt nur eine Stadt: Rom.

Es kam das Christentum. Es war, im Anfang wenigstens, die Verneinung der Vaterlandsidee. Gottes Reich war nicht von dieser Welt. Das Evangelium bildete Gläubige, keines-

wegs Staatsbürger. „Man kann nicht zwei Herren dienen,“ ging die Rede.

Die Völkerwanderung brachte Finsternis, Chaos.

Als der Wiederaufbau Europas begann, gab es dynastische Streitigkeiten ohne jede Spur patriotischen Gefühls. Und wann zeigte sich in Frankreich das vaterländische Gefühl? Wann gab es einen Krieg, für den dieser Gedanke Rechtfertigung, nicht Vorwand war?

Der hundertjährige Krieg etwa? Es war ein Kampf zwischen den Valois und den Plantagenets. Jeanne d'Arc? Eine ländliche Amazone, die voll Hingabe an ihren angestammten Gebiet, die Bauern, ihre Brüder, vor den räuberischen Banden der Engländer und Burgunder schützen wollte. Als die Engländer aus den königlichen Erblanden vertrieben waren, ging der Kampf unter Franzosen weiter. Die Gascogne die dreihundert Jahre englisch gewesen war, wollte es bleiben, Bordeaux empfing Talbot mit stürmischen Zurufen; erst die Grausamkeiten eines Monticuc brachten das Land ziemlich gegen seinen Willen wieder an Frankreich. Roussillon und Artois sind erst seit sechs, seit fünf Generationen Teile unseres Staates. Burgund, von wo unser so reich und durch französischer Wein stammt, wurde Mitte des siebzehnten Jahrhunderts in sechs Wochen erobert. Lothringen, das Land eines polnischen Königs, ist französisch seit hundertvierundfünfzig Jahren. Elßaß, das durch hundertfünfzig Jahrhunderte österreichisch war, ist französisch seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts, Savoyen erst seit sechzig Jahren.

Nach dem Schulgebrauch hatte sich Real gewöhnt, all diese Eroberungen als Siege zu feiern. Nie hatte er über die Zeitensolge nachgedacht, niemals hatte er so deutlich die Vergänglichkeit des Begriffs Waterland empfunden, nie erkannt, um wie viel länger dieser Begriff war, als die Schulmeister in ihrem Bestreben, ihn ehrwürdig erscheinen zu lassen, zugehen wollten. Und wie jung ist erst der französische Vaterlandgedanke!

Und jetzt, da die Welt den Rhythmus ihrer Entwicklung zu beschleunigen beginnt, wird Frankreich noch lange auf seinem alten Standpunkte verharren? Hatte jener Internationalist recht?

Diese Gedanken verursachten Real ein kharfes Mißbehagen. Er wollte sich von den häßlichen Eindrücken zu den lebensprubelnden Quellen flüchten. Doch statt ihm Linderung zu bringen, hatte die Geschichte nur neue Zweifel in ihm erregt. Er suchte das Waterland in jenen großen Begegnungen,

in denen man es mit solchem Glanz auftreten zu lassen pflegt. Er fand es nicht.

Was geschah zur Zeit von Jemmapes, von Valmy im Innerland? Kaufleute, Schreiber, die würdigen Ahnen unserer Bürgertums, inventarisirten, vermalten, verwahrteten die berüchtigte, für das Volk bestimmte Milliarde. In die Front gehen? So dumm war man nicht. Andere für die Knochen brechen lassen? Vortrefflich. Die Beute würde um so reichlicher ausfallen. Je geringer die Zahl der Wölfe, um so mehr kommt auf den einzelnen.

Es folgte das Konsulat, das Kaiserreich. Die Helden der republikanischen Heere waren immer außerhalb Frankreichs. „Wann werden wir heimkehren?“ fragten die Generale. „Bleibt, wo ihr seid,“ erwiderte die Regierung, die geruhig die Güter des Abels verbaute. „Der Tod für das Waterland ist das schönste Los. Und wenn ihr Geld braucht, seid nicht schüchtern. Deutschland ist da, Oesterreich, Italien. Macht euch an Ort und Stelle bezahlt! Wohlverstanden!“ Das war das Heldenlied des Kaiserreiches... Die Soldaten lebten von der Fremde, die Kommandeure erhielten Herzogstitel und Ehrongaben. Und in dieser Zeit zog sich das neu eingeführte Bürgertum nach und nach von den Grundbesätzen zurück, die mit der Verkündigung der Menschenrechte ausgeprochen waren, und überließ die Dienstpflicht den armen Leuten, die nichts zu verteidigen hatten...

Das war zu schön, um Dauer haben zu können. Als ein paar Millionen Menschen tot waren, begannen die Eingezogenen zu begreifen. Die Auffüllung der kaiserlichen Heere bereit in Unordnung. Sie wurde löstspielig, nun, da es galt, im ausgeraubten Europa ihre Bedürfnisse zu decken. Duvrard verweigerte dem Kaiser Napoleon neue Vorküßle. Napoleon blieb vierzehn Tage lang in Erwartung seiner Geldmittel auf dem Riemen stecken. Das war das Ende seiner Eroberungspläne.

Nun erschranken die Profittmacher in Frankreich.

„Das Heer kehrt zurück! Die Leute werden ihre Forderungen stellen. Sie verlangen die Teilung. Der Versalltag ist da. Wie zum Teufel soll wir diesen Räubern Achtung vor unseren neuen Renten beibringen?“ Wieder einmal war das „Waterland“ in Gefahr.

Die vereinigten Fürsten standen an den Grenzen. Man winkte ihnen: „Spazieren Sie weiter! Tun Sie, wie wenn Sie zu Hause wären. Leihen Sie uns Ihre Soldaten, machen Sie Ordnung bei uns, seien Sie unsere Retter!“

(Fortsetzung folgt.)

Sinsen dieses Betrages und nicht der Betrag selbst ausgeschüttet werden soll. Um so unerträglicher wirkt es, daß auch die Ersteren von der U. S. G. zurückgehalten werden.

Wie lange soll sich die Arbeiter- und Angestelltenchaft noch zum Karten halten lassen? Hier liegt ein Skandal vor, der sofort abgestellt werden muß!

Das Bezirksamt Mitte hat mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 ab die Säuglingsfürsorgestelle Ia, Blumenstraße 97, umfassend die Stadtbezirke 1-4, 7-8, 24, 129, 166, 168-175a, 176, 177c, 182-189a, 195-198, 200-201, und die Säuglingsfürsorgestelle Ib, Essener Straße 27, umfassend die Stadtbezirke 5-6, 9-20, 23, 202-217, 223-224, 226-236, 255-258, 267-275, 279-282, übernommen.

Hebung der Unterhaltssrente für Kinder. Die Teuerungsziffer für Groß-Berlin ist nach den amtlichen Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts vom September bis zum Oktober d. Js. um weitere 10 Prozent gegenüber dem Stande vom Mai d. Js. gestiegen, so daß die Unterhaltssrente für uneheliche Kinder von Müttern einfachen Standes um 10 Prozent erhöht werden mußte. Der für Groß-Berlin ortsübliche Unterhaltssatz beträgt daher mit Wirkung vom 1. November d. Js. 280 Mark monatlich oder 780 Mark vierteljährlich. (Es versteht sich von selbst, daß dieser Satz viel zu niedrig ist.)

Gewerkschaftliches

Lohnstreitigkeiten im Berliner Baugewerbe

Nachdem die Berliner Bauarbeiter sowie die übrigen am Verträge beteiligten Arbeitnehmerverbände den Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes vom 23. November d. J. abgelehnt haben, nahmen die Berliner Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu den nunmehr zu unternehmenden Kampfmaßnahmen in einer am Mittwoch, den 30. November d. J., im „Dresdener Kasino“ stattgefundenen Versammlung Stellung.

Kollege Thöns sprach eingehend die Situation im Berliner Baugewerbe. Er sagte: „Wir sind heute zusammengekommen, um die zur Führung der Bewegung erforderlichen Maßnahmen zu besprechen. Nachdem wir den Schiedsspruch abgelehnt haben, können wir nicht andauernd mit Gewehr bei Fuß stehen. Die jetzige Jahreszeit sowie die pflanzlich einsetzende Frostperiode seien allerdings zu berücksichtigen. Demzufolge müssen wir uns auch einstellend Lohnkämpfe sind Machtkämpfe, und man muß daher erwägen, welche Taktik im Augenblick die richtige sei. Die Eigenart des Gewerbes — unter Berücksichtigung des augenblicklichen Frostwetters — verbietet einen allgemeinen Kampf. Es sei daher notwendig, sich auf partielle, also auf sogenannte Teilstreiks zu beschränken. Arbeitseinstellungen haben nach vorheriger Verständigung nur mit Zustimmung der Streikleitung zu erfolgen. Rechner ging dann noch auf die seitens des Reichsarbeitsministeriums gemachten Bemühungen betr. einer Verständigung ein und sagte: „Wir sind zum Frieden bereit, aber auch zum Kampf entschlossen.“

Nach einer kurzen Diskussion stimmte man den Ausführungen des Kollegen Thöns einstimmig zu.

Krie im Hochbahnbetrieb

Am 30. November 1921 begannen die Verhandlungen mit der Hochbahn-Gesellschaft wegen Lohnforderungen der Bediensteten Handwerker und Arbeiter. Sie verlangen Erhöhung der Löhne und Gehälter von 3,50 Mark pro Stunde. Bewilligung der Restsumme von 150 Mark und der geforderten Wirtschaftshilfe in Höhe von 1000 Mark. Die Höchstlöhne für das Schaffnerpersonal sollen in Zukunft in 1 Jahr statt in 6 Jahren bei den Angestellten des technischen Personals in 6 statt in 18 Jahren erreicht werden.

Die Direktion machte in den Verhandlungen ungenügende Zugeständnisse und war auch in fünfjährigen Verhandlungen nicht zu bewegen, ihr Angebot zu erhöhen. Sie bot für Handwerker 2,20 Mark, für Angelernte 2 Mark für Ungerlernte 1,90 Mark und für Arbeiterinnen 1,35 Mark für die Stunde; für das männliche Verkehrspersonal 400 Mark, den Fahrkartenausgeberinnen 300 Mark pro Monat, Erhöhung der Tätigkeitszulage und Verkaufsprämie für Fahrkartenausgeber.

Die Funktionärversammlung, die am 30. November er. tagte, lehnte das Angebot der Direktion ab. Sie beauftragte die Verhandlungskommission, an der gestellten Forderung festzuhalten, und beschloß die Lohnforderung einer Schlichtungsstelle zu unterbreiten. Sollte die Schlichtungsinstanz der gestellten Forderung nicht nachkommen, so sehen sich die Personale gezwungen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln dieselbe durchzusetzen.

Generalversammlung der Transportarbeiter

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, hielt am 28. November 1921 im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung für das III. Quartal 1921 ab. Der Quartalsbericht lag gedruckt vor und wurde von dem Bevollmächtigten sowie dem Kassierer eingehend erläutert.

Angriffsbewegungen ohne Streik wurden in 133 Fällen geführt, an denen 7809 Betriebe mit 16.641 Beschäftigten waren. An Rechtslohn wurde erzielt pro Woche 4.726.539,00 M. Angriffsbewegungen mit Streik fanden 7 statt, an denen 1197 Betriebe mit 4025 Beschäftigten beteiligt waren. Der hieraus erzielte Mehrlohn betrug 166.226 M. pro Woche. An Neuaufnahmen wurden vollzogen: 4613 Männliche, 2175 Weibliche und 583 Jugendliche, insgesamt 7371 Neuaufnahmen. In Heberfritten von anderen Organisationen wurden 1390 vollzogen. Der Kassenschluß zeigt mit Einschluß des Kassendestandes vom letzten Quartal eine Gesamteinnahme von 6.944.881,47 M. bei einer Ausgabe von 1.582.746,75 M. gegenübersteht. Die Ortskasse weist beim Quartalsabschluss einen Kassendestand von 2.677.624,16 M. auf.

Berichtet wurde ferner, daß der Transportarbeiter-Verband neben den bereits abgeschlossenen Verträgen eine Reihe Tarifverträge gekündigt hat, deren Ablaufstermin bevorsteht. Wenn es bisher möglich war, bei den vollendeten Abschlüssen die Bewegungen zum Teil ohne Streik zu beenden, so besteht doch immerhin die Gefahr, daß es bei einer Anzahl noch ausstehender Tarifabschlüsse zu größeren Kämpfen kommen kann. Es wurde daher der Wunsch ausgesprochen, daß die Organisation die größte Stärke bewahren müsse, damit sie allen gestellten Forderungen gerecht werden kann.

Die darauf einsehende Diskussion bewegte sich im selben Sinne und wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Decharge erteilt. Die der Versammlung vorliegenden Anträge gelangten nicht zur Beratung und wurden infolge des Elektrizitätsangestelltenstreiks bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Eisenbahnbeamte, Arbeiter, Betriebsräte!

Am Montag, den 5. Dezember 1921 abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engländer 24, große öffentliche Eisenbahnerversammlung. Tagesordnung: Die politische und wirtschaftliche Lage der Eisenbahner. Referent: Genosse Seger.

Werbeauschuß der U. S. P. D. Eisenbahner.

U. S. P. D. Adlerstraße. Eine Betriebsversammlung des Werkes beschäftigte sich mit wirtschaftspolitischen Fragen. Der Vorsitzende des B. A. Brandes, hielt das einleitende Referat und ging auf die Teuerung und Lohnforderungen ein. Ein Kommunist hielt seine übliche Gramophonrede, die von Müller treffend zerpflegt wurde und der auf die Indolenz vieler Arbeiter, die die bürgerliche Presse noch lesen, hinwies. Nach der Mitteilung der Einführung der Familienunterstützung wurde die anregende Versammlung geschlossen.

U. S. P. D. Delegierte zum Betriebsräte Kongress der Metallarbeiter. Von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt: Die Betriebsräte der U. S. P. D. treffen sich Sonntag, den 4. Dezember, 6 Uhr abends, im Volkshaus Leipzig.

Zentralverband der Angestellten. Mittwoch den 7. Dezember 1921, abends 7 Uhr, findet im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 40/41, großer Saal eine öffentliche Versammlung statt. Thema: Teuerung — Tarif — Steuern. Referent: Kollege Salis. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt reißendes Erscheinen aller Angestellten.

Sperre gegen Kinos. Wir werden gebeten mitzuteilen, daß die „Schauburg-Theater-G. m. b. H., Königgräber C. Nr. 121 mit der Firma Rudolph u. Co. nichts zutun hat.

Buchdenker. „Die Opposition“ Nr. 12 ist erschienen und heute nachmittags von 4 Uhr ab abzuholen bei Baum, Stadtschreiberstraße 47. Die Exemplare für die Bezirke müssen in Hinold auf die am Montag stattfindenden Bezirksversammlungen bestimmt abgeholt werden.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Montag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8/3, eine Konferenz aller Objekte der Landtagskommissionen Groß-Berlins mit der Geschäftsleitung und den Provinzsekretären des Bezirkesverbandes statt. Wir bitten alle Landtagskommissionen der Distrikte, dieser wichtigen Konferenz beizuwohnen.

Proletarische Feiertage

Alle nicht verkauften Karten müssen spätestens Sonntag, früh 10 Uhr, im Großen Schauspielhaus an der Kasse, am Eingang rechts, an den dazu bestimmten Ortsergen Abteilung zurückgegeben werden. Es wird dringend gebeten, die Karten nicht selbst vor oder in dem Hause zu verkaufen. Karten werden am Sonntag nur an der Kasse rechts verkauft.

5. U. S. P. D. Kommunale Kommission. Die Sitzung findet nicht statt. 12. U. S. P. D. Zur Volkshaus-Verwaltung wird gebeten, die Abrollen der Kinder zu beschleunigen. Genosse beim Genossen Hoffmann, Ederer Str. 8, abzuholen. Freilassen und langhin gegenläufig, wie Richtungshilfe, nimmt Genossin Wäcker, Ederer Str. 106, Seitenl., entgegen.

Sonntagsabend, 3. Dezember

- 1. Verwaltungsbereich (Weißing), abends 6 Uhr im Ledigenheim, Brunnenplatz, Sitzung der U. S. P. D. Kommission, der Distriktsvorsitzenden und der Objekte der Kommunisten Kommissionen.
- 2. Verwaltungsbereich, 15. 16. 17. Distrikt und Einzel. Nachm. 5 Uhr Sitzung im Bezirksamt, Wartulstr. 49, 2 Treppen.
- 3. Verwaltungsbereich, 17. Distrikt, abends 7 Uhr Materialausgabe an Abteilungsleiter bei Wittich.
- 4. Distrikt (Weißing), Bezirksleiter, abends 8 Uhr bestimmt Plätze und Flugblätter abholen. 1. Abteilung von Frau, Hirschstr. 21; 2. Abteilung von Frau, Weiser Str. 6.
- 5. Verwaltungsbereich (Weißing), Fraktionsführung im Ledigenheim, Sitzungszimmer.
- 6. Distrikt, Abteilungsleiter, heute Material abholen bei Gallas, Bornim-Röhe 20.
- 7. Distrikt (Kreuzberg), Abteilungsleiter, abends 6 Uhr Material und Plätze abholen bei Frau, Rosenthalstr. 9.
- 8. Kassenbereich. Die Bezirksleiter holen die Plätze für die am Dienstag stattfindende Versammlung heute abend von Seife, Kreuzbergstr. 48.
- 9. Weiskopf, Abteilungs- und Gruppenleiter, abends 7 Uhr wichtige Besprechung bei Weiskopf.
- 10. Weiskopf, Die Bezirksleiter holen Material vom Putz von 5-7 Uhr.

Veranstaltungen

Sonntagsabend, 3. Dezember

Zentralverband der Angehörigen, abends 7 Uhr Filmvorführung der Jugendabteilung in der Halle des Köhlerischen Gymnasiums, Julestr. 36, Eintritt 2 M. Verantwortlich für Inhalt und Realisation: Leo Weißing, Berlin-Brandenburg: für Kommunisten, Arbeiter und Gewerkschaftliches: B. Rubner, Berlin, für den Intendanten und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komernik, Charlottenburg - Verlagsanstalt „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Berlin Straße 59

PRYM'S DRÜCKKNOPF

WILLIAM PRYM G. M. B. H. DIE WELTMARKE STOLBERG RHLD BERLIN C2 WIEN 1